



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/170 - 25.7.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Die Gewerkschaften bluffen nicht	S. 1
Labours Entschliefungen zum Oktober-Parteitag	S. 3
Vom Zwischenbericht zur Dreierkonferenz	S. 5
SPD in der Isolation? - Eine Rede Ollenhauers	S. 6
75 Jahre "Vorwärts"	S. 7

Sch u ß v o r d e n B u g

R.D. Die Aufkündigung der Mitarbeit der Gewerkschaften in allen Gremien der deutschen Wirtschaftspolitik konnte nur denen als Sensation erscheinen, die im Überschwang ihrer Restaura-tionspolitik der wachsenden Mißstimmung der Gewerkschaften keine Be-achtung schenkten. Sie überhörten die klaren Warnungen des DGB umso unbesorgter, als sie sich der Unterstützung ihrer Bestre-hungen durch die Besatzungsmächte sicher fühlten. Sie wagten sich so weit vor, nicht nur ihre eigentumsmäßige "Wiedereinset-zung in den vorigen Stand" ohne Rücksicht auf notwendige soziale und wirtschaftliche Strukturänderungen zu betreiben, - sie haben im Angesicht der ihnen anscheinend zuwachsenden wirtschaftlichen Machtpositionen und unter Ausnützung der dem notwendigen Wieder-aufbau der Wirtschaft geltenden bedingten Toleranz der Gewerk-schaften zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik ihren alten reak-tionären Standpunkt bezogen, mit dem Ziel, die soziale Entwick-lung Deutschlands um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen. Es gibt weder eine "beste soziale Ordnung", noch eine "funktionie-rende Wirtschaft", die Vizekanzler Blücher als Ziel der Bundes-regierung bezeichnet und sie steht nicht zu erwarten. Daher ist das Ergebnis zahlreicher "klärender Besprechungen" der Regierung mit dem DGB dieser Schuß vor den Bug.

Aber dieser Schuß ist noch nicht die letzte Entscheidung.-

Sie steht noch aus! Es kann nicht zweifelhaft sein, daß sie sich nicht auf leere Worte beschränkt, wenn den konkreten Forderungen des DGB nicht ebenso konkrete Zusagen und Erfüllungen gegenüberstehen. Darin wird sich niemand hinter dem anderen verstecken können, weder die Bundesregierung hinter der Besatzung, noch umgekehrt, denn die Konsequenzen einer tatsächlich aufgegebenen Mitarbeit sind weitgehender, als daß nur einige Plätze in den wirtschaftspolitischen Gremien unbesetzt blieben. Entscheidungen würden nicht mehr mit den Gewerkschaften, sondern evtl. gegen sie getroffen, das Gespräch am runden Tisch wäre abgelöst durch die Urabstimmung zum Streik, das Stadium der Verhandlungen durch den Kampf.

Kampf um die gerechte Verteilung des Sozialproduktes, denn der DGB ist nicht der Auffassung des Wirtschaftsministers, daß trotz des Kriegs-Preisniveaus der Reallohn gestiegen sei; Kampf um die Mitbestimmung und nicht nur in der Montan-Industrie, denn die Arbeitnehmer wollen nicht mehr geduldig auf ihre gleichwertige Stellung in der Gesamtwirtschaft warten; Kampf gegen die Restauration der Alteigentümer in der Eisen- und Stahlindustrie und ihre Entschädigung auf Kosten der Arbeitnehmer-Leistungen seit 1945; und schließlich Kampf für eine Kohlenneuordnung, die ohne Rücksicht auf private Interessen der Gesamtwirtschaft und unseren sozialen Verhältnissen Sicherheit gibt. Die Bundesregierung mag prüfen, ob sie die Androhung solcher Belastungen ernsthaft nur für "große Worte" hält, wie der geschäftsführende Kabinettschef Blücher meinte.

Aber auch den Besatzungsbehörden kann eine Situation kämpferischer sozialer Spannungen nicht gleichgültig sein. Sie sind durch die Aufkündigung der Gewerkschaften insoweit unmittelbar betroffen, als die wichtigsten der aufgeführten Gremien (Stahltreuhänder, Beirat der DKBL, Ruhrbehörde etc.) kraft Besatzungsrecht bestehen. Alle ihre Maßnahmen in diesen Bereichen entbehren plötzlich der inner- wie außenpolitisch wichtigen Unterstützung, vielleicht gar der Toleranz der deutschen Gewerkschaften. Auch die z.Zt. anstehenden weltpolitischen Fragen, wie Schuman-Plan, Schulden-Konferenz usw. müßten ohne und vielleicht gegen sie behandelt werden. Es wäre doch blamabel, müßte z.B. der IBCG, der die deutschen Gewerkschaften seiner vollen Unterstützung in der Frage der Mitbestimmung und der Sozialisierung versicherte, die durch den Schuman-Plan nicht behindert werden dürfe, über seine nationalen Organisationen in den Ländern der Besatzungsmächte intervenieren. Auch die Hohe Kommission hat also allen Grund, die Warnung der Gewerkschaften zu beachten. Sie ist unschätzbare, bedeutungsvoller, als sie vom DGB-Vorstand einstimmig, also ohne Beachtung parteipolitischer Ressentiments, gefaßt worden ist.

Bevans Schatten über dem Labour-Parteitag

Ein von Herbert Morrison geleiteter Ausschuß des Parteivorstandes hatte in diesen Tagen das politische Manifest auszuarbeiten, das dem Anfang Oktober stattfindenden Parteitag vorgelegt werden soll. Der Ausschuß konnte zu keiner einheitlichen Meinung gelangen, weil Aneurin Bevan und ein anderer Abgeordneter nicht einverstanden waren.

Die Erklärung wird nunmehr dem Parteivorstand in seiner Gesamtheit vorgelegt und, da dort nur vier Angehörige der Opposition vertreten sind, angenommen werden. Die Folge ist, daß die letzteren während des Parteitages ruhig sein müssen oder noch vor der Konferenz aus der Parteileitung auszuschneiden haben, es sei denn, daß es einem persönlichen Eingriff Attlees gelingt, noch im letzten Augenblick einen Kompromiß zu finden.

Inzwischen hat die Parteileitung die Anträge veröffentlicht, die von den einzelnen Unterorganisationen und von einzelnen Gewerkschaften eingingen. Von diesen rund 400 Resolutionen beschäftigen sich mit Lebenshaltung und Gehältern etwa 150, mit der Aufrüstung 35, dem Gesundheitsdienst 27, mit der auswärtigen Politik 35 und mit der Nationalisierung etwa 6 Anträge, d.h. weit über die Hälfte der Anträge behandeln Fragen, die auch Bevan in seinem Oppositionsprogramm diskutiert.

Als die Anträge in den Bezirken gefaßt wurden, lag die Bevan-Erklärung noch nicht vor. Wenn auch die Auseinandersetzungen im Parlament und in der Presse bekannt waren, so kann man doch mit Sicherheit feststellen, daß die Anträge zum Parteitag nicht aus Beeinflussung, sondern auf die tatsächliche Stimmung innerhalb der Mitgliedschaft zurückzuführen sind. Und es befindet sich unter diesen Resolutionen kaum ein Antrag, der nicht mit dem Bevanschen Diskussionsprogramm in Einklang zu bringen ist. Umso erstaunlicher ist es, daß der Parteivorstand, dem die Resolutionen bekannt waren, wenigstens bisher zu keiner Kompromißlösung mit Bevan und seinen Anhängern bereit war. Verständlicher wird allerdings seine Haltung, wenn der Antrag einer der größten und wichtigsten Gewerkschaften,

die der Bergarbeiter, "die Konferenz auffordert, die Unterstützung für die Labour-Regierung zu bestätigen" und die Mitgliedschaft aufruft, "ihre Loyalität für die Labour-Party als einen Ausdruck der Zustimmung für die Arbeit der Regierung zum Ausdruck zu bringen". Es kommt vornehmlich auf diese großen Gewerkschaften mit ihren Hunderttausenden von Mitgliedern und entsprechendem Stimmrecht an, wie die Konferenz verlaufen wird.

Die Parteileitung ist aber auch gezwungen, die Stimmung ihrer Mitglieder und der außenstehenden Wählermassen zu berechnen. Sie hat es während des letzten Parteitages getan, als sie eine gegen ihren Wunsch eingebrachte Resolution annahm, die sie aufforderte, die steigenden Lebenskosten mit den wachsenden Unternehmergewinnen zu berücksichtigen. Wie ein roter Faden zieht sich die gleiche Tendenz durch alle Seiten der Veröffentlichung zusammen mit Erklärungen, den koreanischen Krieg zu beenden, die englische Außenpolitik unabhängig vom amerikanischen Kapitalismus zu gestalten, die Sicherstellung des Friedens nicht durch eine unüberlegte Aufrüstung zu gefährden. In diesem Zusammenhang verdient es hervorgehoben zu werden, daß von den rund 35 Anträgen zur auswärtigen Politik in zehn von ihnen gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands Stellung genommen wird, "das Versagen der Regierung" festgestellt ist, "die Opposition der deutschen Arbeiterklasse gegen die Wiederaufrüstung zu unterstützen", von der "nur der reaktionäre deutsche Nationalismus gewinnen kann". "Wir fordern die Regierung auf, schnellstens die neo-faschistischen Organisationen auszumerzen, deren Wiederbelebung auf das Versagen der Alliierten zurückzuführen ist".

Die Anträge, die nunmehr die Exekutive durchzubraten hat, sind den dringendsten Tagesfragen gewidmet. Da das politische Manifest des Parteivorstandes noch unveröffentlicht ist, kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, in wie weit die Anträge als oppositionell aufzufassen sind. Eines steht aber fest: Die britische Arbeiterschaft ist alarmiert und der 50. Kongreß wird einer ihrer entscheidenden und historischen Ereignisse werden.

Die Konferenz des "als ob"

-e. Der Pariser Zwischenbericht über die Schaffung einer europäischen Armee, der gegenwärtig von den beteiligten Regierungen geprüft wird, zeigt, daß die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung nicht erfüllt worden ist. Im übrigen war man sich in Paris durchaus einig, daß die Teilnehmerstaaten zunächst einmal zu einem politischen Abkommen über die Zusammensetzung ihrer Heere kommen sollten, ehe man praktische Fortschritte erzielen könne.

Nun hat Washington eine Dreierkonferenz über den deutschen Verteidigungsbeitrag vorgeschlagen, auf der sich die USA, England und Frankreich darüber unterhalten wollen, wie sich der Pariser Zwischenbericht der platonischen Konferenz über den Plevan-Plan und das vorläufige Ergebnis der "unverbindlichen" deutsch-alliierten Gespräche auf dem Petersberg in die verbindliche Praxis umsetzen lassen. Erst nach dieser Dreierkonferenz wird die ungeduldige Bundesregierung wieder in konkrete Verhandlungen eingeschaltet werden. Bis dahin wird sich die Bundesregierung um die Schaffung der "psychologischen Voraussetzungen" bemühen, ohne überhaupt das zu können, was u.a. auf diessen Voraussetzungen basieren soll, denn eben darüber wollen sich erst die Westmächte einigen. Offenbar nehmen sie dabei fest an, daß diese Einigung in Bonn akzeptiert wird. Nun, die Tage werden weiter kürzer und wieder länger werden, bevor überhaupt die deutschen Diskussionen über eine solche Entscheidung beginnen und dann werden die Realitäten des von den Westmächten vorzuschlagenden deutschen militärischen Beitrages die ganzen Spekulationen und Kalkulationen, mit denen sich die Bundesregierung beschäftigt, über den Haufen werfen. Dann wird nur die Frage nach der Gleichheit der Opfer, Chancen und Risiken stehen und darüber was Gleichberechtigung ist, werden keine akademischen Erörterungen mehr möglich sein.

Die Westmächte wissen sehr wohl um die Stärke der Realitäten, um die nicht herumgeredet werden kann, wenn es um das letzte Ja oder Nein in Bonn geht. Trotzdem haben sie bis heute noch keinen Vorschlag zur Kenntnis gebracht, der vor diesen Realitäten bestehen könnte. Alle bisher von dieser Seite entworfenen Pläne, die man

teils von Sprechern erteilen ließ, teils auf Umwegen in die Welt-
 presse lancierte, haben das eine gemeinsam: Sie sind in jeder Hin-
 sicht frei von einer deutschen Gleichberechtigung. So muß gegen-
 über der vorgesehenen Dreierkonferenz die Erwartung entstehen, daß
 es einmal nur darum geht, zu einem Vorschlag zu kommen, der Bonn
 ein Gefühl geben soll, "als ob" eine Gleichheit der Opfer, Risiken,
 und Chancen bestünde.

Wir sind davon überzeugt, daß irgendein Unterausschuß der
 westlichen Außenministerien einen Vorschlag, der dieses Gefühl bei
 sentimentalen Leuten festigen soll, redaktionell glänzend ausar-
 beiten kann. Es wird ein hervorragend redigierter Kompromiß sein,
 der äußerlich sogar alle Wünsche Plevens und Adenauers berücksich-
 tigen kann. Und das Volk? "Das werden wir schon kriegen, lassen Sie
 noch ein halbes Jahr vorgehen", meinte vor ein paar Tagen ein Mann,
 der das von Amtswegen wissen soll. "Haben wir erst einmal 200000
 Mann, so werden wir auch bald gleichberechtigt sein" fügte er hin-
 zu. Das ist auch etwa die Haltung, in der Bonner Regierungskreise
 der Dreierkonferenz über die Aufstellung deutscher militärischer
 Einheiten entgegensehen. Aber was zählt diese Haltung? Keine der
 Hypothesen hat einen reellen Wert. Es sind nur Spekulationen, die
 auf einer jeweils bis zum nächsten Tag reichenden politischen Taktik
 basieren. So läßt sich wohl manches Gesetz, aber nicht ein mi-
 litärischer Beitrag durchsetzen. Es gibt keine verbindliche Erklä-
 rung der USA, Englands und Frankreichs, die das einsehen würde.
 Deshalb unsere Skepsis gegenüber der angekündigten Dreierkonferenz.
 Wir haben den Eindruck, daß ein Kompromiß gefunden werden soll, der
 ein kleinster gemeinsamer Nenner zwischen Washington, London und
 Paris ist und der von den Vertretern der Westmächte bestätigt wer-
 den soll, "als ob" Bonn bei jedem Kompromiß keine andere Wahl als
 die Annahme habe.

+ + +

SPD in der Isolation ?

Von Erich Ollenhauer

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung
 einer Rede im Südwestfunk

In den Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien
 und der sozialdemokratischen Opposition wird mit Vorliebe die Be-
 hauptung aufgestellt, daß die SPD in den Fragen der internationalen
 Politik selbst im Lager des europäischen und internationalen Sozia-
 lismus völlig isoliert sei.

Was sind die Tatsachen? Nehmen wir zunächst das Beispiel des Europarates in Straßburg. Sowohl bei den dortigen Diskussionen über die europäische Armee als auch beim Schuman-Plan zeigte sich deutlich, daß die Behauptung der anderen Seite, die deutschen Sozialdemokraten seien auch unter den sozialistischen Delegierten der beratenden Versammlung des Europarates isoliert gewesen, falsch ist. Bei der Diskussion über den Churchill-Vorschlag haben z.B. die Delegierten der britischen Arbeiterpartei die Beteiligung an der Abstimmung über diesen Vorschlag mit dem gleichen Hinweis der Unzuständigkeit abgelehnt, wie die deutschen Sozialdemokraten und sich ebenso wie wir der Stimme enthalten. Ähnliche Vorbehalte haben auch die Sozialisten der skandinavischen Länder gemacht. Ferner: Der Friedensappell, den die Beratende Versammlung im Herbst vorigen Jahres angenommen hat, wurde als gemeinsamer Antrag aller sozialistischen Delegierten einschließlich der Deutschen, eingebracht. In diesem Jahr kam es wiederum zu zwei Initiativenträgen aller Sozialisten: einmal in der Frage der Vollbeschäftigung und zweitens im Mai dieses Jahres, sogar zu einem Beschluß, eine internationale Kontrolle der Verteilung der knappen Rohstoffe in der Welt einzuführen.

Besonders hartnäckig wird die Behauptung verbreitet, im Falle des Schuman-Plans sei die Sozialdemokratische Partei im sozialistischen Lager völlig isoliert. Wie ist die Lage in diesem Fall? Als die Beratende Versammlung über einen Antrag zu entscheiden hatte, durch den die Unterzeichnung des Schuman-Plans begrüßt wurde, haben tatsächlich die sieben deutschen sozialdemokratischen Delegierten allein gegen diesen Antrag gestimmt. Daneben aber enthielten sich auch die acht Delegierten der britischen Arbeiterpartei und der luxemburger sozialistische Delegierte der Stimme. Man darf das nicht einfach unterschlagen.

Die Sozialdemokratische Partei hat in einer Konferenz mit Vertretern der sozialistischen Parteien der sechs Schuman-Plan-Länder die Stellung dieser Parteien zum Schuman-Plan erörtert. Es war klar, daß angesichts der eindeutig ablehnenden Haltung der deutschen Sozialdemokraten ein einmütiger Beschluß dieser Gruppe für oder gegen die Ratifizierung nicht möglich war. Aus diesem Grunde ist die Frage auch nicht vor der Vollversammlung der Internationalen Sozialisten-Konferenz in Frankfurt/Main behandelt worden. Die Besprechungen dieser sechs Parteien sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden unter dem Gesichtspunkt geführt, ob und welche konkreten Einwände oder Vorschläge alle beteiligten sozialistischen Parteien vor der Ratifizierung des Vertrages in den einzelnen Länder-Parlamenten machen wollen und machen müssen. Alle Beteiligten sind sich zum Beispiel einig darin, daß keine sozialistische Fraktion der Ratifizierung zustimmen kann, wenn die Frage einer späteren Sozialisierung der Schlüssel-Industrien an der Ruhr von den Unterzeichnern des Vertragswerkes nicht befriedigend beantwortet wird.

Die Frage der effektiven demokratischen Kontrolle der Hohen Behörde durch eine parlamentarische Institution bildet ein weiteres wichtiges Problem der Diskussion. Der dritte Punkt dieser Besprechungen ist die Frage des nicht ausreichend gesicherten Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und ihrer Organisationen in den Institutionen der Montan-Union. Schließlich spielt die sehr wichtige Frage eine Rolle, ob sie in der Montan-Union notwendige Planung und Lenkung der Produktion überhaupt funktionieren kann, wenn in fast allen beteiligten Ländern das Prinzip der sogenannten "freier Wirtschaft" die

Grundlage der Wirtschaftspolitik bildet.

Sie wissen, daß die Argumente der deutschen Sozialdemokratie mit den hiergenannten Punkten nicht erschöpft sind. In jedem Falle aber zeigt diese Darstellung, wie oberflächlich und töricht die Behauptung von der angeblichen Isolierung der deutschen Sozialdemokraten ist, selbst wenn die sozialistischen Belegierten dieser Sechs-Länder-Gruppe sich nicht in allen Fragen einigen. Im übrigen haben sie die Möglichkeiten und die Aussichten einer europäischen Montan-Union sehr viel sorgfältiger untersucht, als es heute die Parteien der deutschen Regierungsmehrheit zu tun gewillt sind. Im Gegensatz zu diesen Parteien sind die Sozialdemokraten, vielleicht aufgrund ihrer längeren Erfahrung in Fragen der europäischen Zusammenarbeit, entschlossen, jeden Schritt in der Richtung auf eine wirkliche Zusammenarbeit so zu fundieren, daß diese europäische Zusammenarbeit auf dem Boden einer tatsächlichen Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller Beteiligten erfolgt.

+ + +

75 Jahre "VORWÄRTS"

Am 1. Oktober dieses Jahres werden 75 Jahre seit dem Tag vergangen sein, an dem zum ersten Mal ein Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie erschienen ist, das den Namen "Vorwärts" trug. Mit ihm begann im eigentlichen Sinne die Geschichte der sozialdemokratischen Presse in Deutschland, die in den zwölf Jahren des Bismarckschen Sozialistengesetzes zum ersten Mal und dann in den zwölf Jahren der Hitler-Diktatur zum zweiten Male unterbrochen wurde, aber nie wirklich abriß, da in den Zeiten der Unterdrückung Blätter der deutschen Sozialdemokratie im Ausland erschienen und von dort nach Deutschland gelangten, und nach 1890 ebenso wie nach 1945 die Presse der deutschen Sozialdemokratie auf deutschem Boden wieder auflebte.

Das seit 1948 als Wochenzeitung wieder erscheinende Zentralorgan der SPD, "Neuer Vorwärts", wird den 75. Jahrestag des ersten Erscheinens des "Vorwärts" mit einer Festschrift begehen, in der zum ersten Mal eine historische Übersicht über die Entwicklung der deutschen sozialdemokratischen Presse seit 1876 und über die wechselvolle Geschichte des damaligen "Vorwärts" und seiner Nachfolger gegeben werden wird. Eine Reihe führender Politiker der SPD und bekannter Sozialisten des Auslandes werden in dieser Festschrift mit Beiträgen vertreten sein, und Erinnerungen von Redakteuren und Mitarbeitern des Berliner "Vorwärts", der bis 1933 das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war, werden lebendige Einblicke in die Geschichte des sozialdemokratischen Pressewesens vermitteln.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau (z.Zt. in Urlaub)